

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 z. mit Zustellgeld 3,80 z. Bei Postbezug monatl. 3,89 z. vierteljährlich 11,66 z. Unter Streifenband monatl. 7,50 z. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzelle 15 gr. die Millimeterzelle im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Blattschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 141

Bydgoszcz / Bromberg, Donnerstag, 24. Juni 1937.

61. Jahrg.

„Man darf Kinder an der Schwelle ihres Lebens nicht enttäuschen!“

Polnische Schulbeschwerden.

Der „Dziennik Bydgoski“ schreibt in seiner Ausgabe (Nr. 141) vom 23. Juni:

In Bromberg wiederholt sich alljährlich die gleiche Geschichte. Der Anfang des Schuljahres ist der Zeitabschnitt der Sorgen und Klagen für die Eltern, deren Kinder durchaus ungerechtfertigt ohne die geringste Schuld der Eltern benachteiligt werden. Für die polnische Jugend gibt es keine Plätze in den polnischen Schulen. Das ist eine Tatsache, die sich mit lauter Stimme an die für das Schulwesen verantwortlichen Behörden wendet.

In den Bromberger Staatsgymnasien mangelte es wieder an Plätzen für die Absolventen der Volksschulen, die ihre Aufnahmeprüfung bestanden haben. Sie haben nun das Examen bestanden und können im Gymnasium noch keine Aufnahme finden, weil durch den Beschluß der übergeordneten Behörden von vornherein die Zahl der Klassen und der Plätze beschränkt worden ist. Etwa ein Drittel aller Schüler, die ihr Examen bestanden haben, findet keine Möglichkeit, die Mittelschule zu besuchen. Vergebens war die Arbeit, vergebens die Erschütterung der jungen Nerven durch das Examen — ein Befehl von oben herab gestattet es den Leitern der Gymnasien nicht, in den ersten Klassen Parallel-Klassen einzurichten, deren Einrichtung den Haushalt des Kultusministeriums nicht sehr in Mitleidenschaft ziehen würde.

Was ist da zu machen? Das Kuratorium oder das Ministerium muß die öffentliche Meinung in Erwägung ziehen und den die polnische Schuljugend, die lernbegierig ist, in hohem Maße schädigenden Entschluß rückgängig machen. Man darf Kinder an der Schwelle ihres Lebens nicht enttäuschen! Man kann Eltern nicht zur Verzweiflung treiben, die nicht wissen, womit sie ihren Kindern dieses schmerzliche Unrecht erklären sollen. Die Verzweiflung führt in der Folge zu so unbeherrschten Protesten wie das Einschreiben polnischer Kinder in deutsche Gymnasien, in denen immer noch ein Platz frei ist!

Bromberg hat zu wenig Staatsgymnasien. Wenn im Augenblick vom Bau eines neuen Gymnasiums nicht die Rede sein kann, dann müssen zum mindesten Parallelklassen in den bestehenden Gymnasien eröffnet werden.

Und die deutsche Jugend?

Die durch Fettsatz markierten Sätze in der Beschwerde des „Dziennik Bydgoski“ haben wir selbst hervorgehoben, denn sie gehen uns Deutsche an! Die Behauptung, daß polnische Kinder in deutsche Gymnasien eingeschrieben werden können, ist völlig aus der Luft gegriffen. Ein solcher Entschluß polnischer Eltern wäre ein Ding der Unmöglichkeit, da alle Erziehungsberechtigten, die ihr Kind für den Besuch deutscher Schulen anmelden, ein eindeutiges Bekenntnis zum deutschen Volkstum ablegen müssen. Diese Erklärung erfolgt schriftlich und wird von der polnischen Schulbehörde überprüft. Da den Deutschen Privatgymnasien hierzulande bisher die vollen Rechte nicht angebilligt sind, dürfte bei den polnischen Eltern auch schon deshalb nicht die geringste Neigung bestehen, ihre Kinder der schwierigen Examenprüfung in der Kleinen Reifeprüfung entgegenzuführen, deren erschütterndes Ergebnis wir kennen.

Was aber die Raumfrage angeht, so würden die Kinder der „verzweifeltsten polnischen Eltern“ bei dem angebotenen Unterfangen aus dem Regen in die Traufe kommen. Es gibt in Bromberg keine „Deutschen Gymnasien“, wie es im „Dziennik Bydgoski“ heißt, sondern nur ein deutsches Privatgymnasium. Gleich nach der Gebietsübernahme wurden sämtliche von den Deutschen erbauten, teilweise erst kurz vor dem Kriege fertiggestellten höheren Schulen den Deutschen fortgenommen, die sich in eine räumlich ganz unzureichende Privatschule zurückziehen mußten. Man hatte zwar den Deutschen ausdrücklich versprochen, ihnen eines ihrer alten Schulgebäude wieder herauszugeben, aber man hat sich nachher nicht dazu verstanden! Dafür wurde den Deutschen untersagt, über das jetzt abgeschlossene Schuljahr 1936/37 hinaus die Räume der bisher benutzten Privatschule weiter in Gebrauch zu nehmen!

Druckfehler-Berichtigung

zu dem gestern an dieser Stelle veröffentlichten Leitartikel „Man kommt ins Gefängnis“:

1. Wenn Titulescu nach Preßburg fährt, so begibt er sich in die Hauptstadt der Slowakei. Die Hauptstadt Mährens ist Brünn. Ein „Mährerland“ gibt es weder in der Tschechoslowakei noch anderswo.

2. Im nächsten Absatz sieht man den deutschen Generalstabschef Beck mit seinen französischen Vertrauenskameraden Gamelin und Betain tafeln. In Zivil und nicht in Uniform! Auf das vom Druckfehler-Teufel gestern wegabierte Wörtchen „nicht“ kommt es an. Wir trauen dem deutschen Generalstabschef allerhand große Dinge zu, wie jedem Mann, der den Namen Beck trägt; aber gleichzeitig in Zivil und Uniform tafeln, das kann er nicht. Nur dann, wenn die „deutsch-polnische Freundschaft“ in Paris höchstselbst zu Tisch gesessen hätte, personifiziert durch beide Meister Beck, dürfte der Chronist berichten: hier hat Beck in Zivil und in der Generalstabsuniform geteilt. Das wäre ein schönes Bild gewesen, aber diesmal gab es das noch nicht!

Nach unsagbaren jahrelangen Schwierigkeiten war es der deutschen Volksgemeinschaft endlich gelungen, ein neues Gymnasialgebäude (verbunden mit dem Neubau der Privaten Deutschen Volksschule) zu errichten. Die Eröffnung hätte pünktlich am Beginn des neuen Schuljahres erfolgen können, wenn man nicht — erst vor wenigen Wochen — die Vollendung des Baues amtlich verkünden hätte! Als Grund für diese Maßnahme wurden ganz geringfügige Abweichungen vom ursprünglich eingezeichneten Bauplan angegeben, die eine Untersuchungskommission von acht Mann nach vielstündigen Bemühungen herausgefunden hatte. Diese geringen Abweichungen, die z. T. Verbesserungen darstellen und bei jedem Bauunternehmen naturgemäß vorkommen müssen, können aber durch das Verbot des Weiterbaues nicht einmal behoben werden. Die Fertigstellung des neuen Schulgebäudes, eines schlichten schönen Denkmals deutscher Werkkunst, das aber unter dem Zwang behördlicher Vorschriften wider den Willen des Deutschen Schulvereins äußerst kostspielig geworden ist — so mußten gleich zwei Riesen-Gas-Schuhkeller eingebaut werden, wie sie keine zweite Schule in Polen besitzt! — ist unmehr bis zum Beginn des neuen Schuljahres ganz und gar ausgeschlossen. Die Eltern der deutschen Gymnasialkinder in Bromberg stehen also heute vor der Tatsache, daß die Behörde die weitere Benutzung des alten Schulgebäudes untersagt hat, während sie die Fertigstellung des neuen deutschen Gymnasiums nicht gestattet.

Warschauer Rumpfsynode tagte ohne deutsche Beteiligung!

Kirchenrat gegen Kirchenleitung.

Die mit größter Eile für Dienstag, den 22. Juni, nach Warschau einberufene Synode der Evangelisch-Lutherschen Kirche, hat in Anwesenheit von 25 Synodalen (statt der gesetzlich vorgesehenen 54) tagt, und die beabsichtigten Beschlüsse vollzogen. Die 7 geistlichen deutschen Synodalen und die 7 weltlichen deutschen Synodalen, die als Vertreter von 6 Kirchenkreisen (statt 10) am Sonntag, dem 6. Juni, gewählt worden waren, waren nicht erschienen, sondern hatten dem Präsidenten des Evangelischen Konsistoriums vor Eröffnung der Synode nachstehende Erklärung überreicht:

„Angesichts der Ausschaltung der vier größten Diözesen, die mehr als zwei Drittel der stimmberechtigten Kirchenglieder stellen, sehen wir deutschen Synodalen uns genötigt, den Arbeiten der Synode in ihrer jetzigen zahlenmäßigen Zusammensetzung fern zu bleiben und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der deutsche Teil der Kirche, der mehr als 2/3 des gesamten Kirchengewisses ausmacht ist eine Einheit, die einmütig und geschlossen dafür eintritt, daß ihr in der Kirche ihrer Väter die Stellung zuteil wird, die ihr nach Recht und Gerechtigkeit zukommt. Eine Teilaktion der deutschen Synodalen kommt deshalb nicht in Frage.

2. Die Haltung der vier ausgeschalteten Diözesen, die vor allem auf den Senioratsversammlungen zum Ausdruck gekommen ist, ist unter keinen Umständen als Sabotage des Kirchengewisses zu werten, vielmehr ist sie die Folge der Art und Weise der Durchführung des Gesetzes.

3. Wir haben allen Anlaß zu befürchten, daß die Konstituierung der Synode ohne die genannten Diözesen weitere Erbitterung und Verhärtung der Fronten herbeiführen wird.

4. Es steht für uns jodann fest, daß die Konstituierung der Kirchenbehörden durch eine Rumpfsynode, die lediglich einen verhältnismäßig geringen Teil des Kirchengewisses repräsentiert, diese ihrer Autorität und vollends des Vertrauens der Mehrheit des Kirchengewisses gegenüber berauben und ihnen deshalb das Ausüben ihres Amtes in wahrhaft kirchlichem Sinne unmöglich machen wird.

5. Wir sehen deshalb unsererseits den einzigen Ausweg aus der so schweren Lage unserer Kirche in der Vertagung dieser Synode für einen entsprechenden Zeitraum zwecks Weiterführung der aufgenommenen Befriedungsaktion, vor allem zwecks Durchführung der Wahlen in den ausgeschalteten Diözesen.

Wir sind dabei der Überzeugung, daß die Befriedungsaktion, wenn man dem deutschen Teil der Kirche — bei voller Wahrnehmung der Rechte des polnischen Teiles — Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, in kurzer Zeit einen vollen Erfolg zeitigen wird.“

Obwohl das Fehlen der deutschen Synodalen zunächst allseitig große Bestürzung hervorrief, konnte und wollte man sich doch nicht dazu verstehen, den Antrag auf Vertagung der Synode zu genehmigen. Obwohl eine ganze Reihe besonnener polnischer Abgeordneter dafür eintrat, von den in Frage kommenden Ämtern entsprechende Plätze für die Deutschen freizulassen, zeigten die Wahlergebnisse

Wir ättern den „Dziennik Bydgoski“: „Man darf Kinder an der Schwelle ihres Lebens nicht enttäuschen! Man kann Eltern nicht zur Verzweiflung treiben, die nicht wissen, womit sie ihren Kindern dieses schmerzliche Unrecht erklären sollen.“

Das wird gesagt, weil ein Drittel der in die erste Klasse der polnischen Gymnasien aufgenommenen polnischen Kinder noch nicht wissen, auf welcher Schulbank sie im neuen Schuljahr Platz finden werden. Was aber sollen erst die deutschen Eltern und Kinder sagen, denen bis zur Stunde alle Plätze in allen Klassen gesperri sind? Sie wollen nicht verzweifeln, und sie lassen sich auch nicht zu „unbeherrschten Protesten“ hinreißen. Sie sehen nur die vielen polnischen Gymnasien in Bromberg an, die samt und sonders von Deutschen erbaut sind und verlangen ihr ihnen verfassungsmäßig zuständiges Recht auf die ihnen einzig noch verbliebene deutsche Mittelschule!

Wenn das neue deutsche Gymnasialgebäude vollendet und bezogen ist, kann das alte für die einzige staatliche deutsche Volksschule zur Verfügung gestellt werden, die es noch in einem Borort von Bromberg gibt, freilich mit einem polnischen Rektor und mit einer Mehrheit von polnischen Lehrern! Durch diesen Umzug wird dann wieder ein (auch von Deutschen erbautes) Schulgebäude frei, das gewiß polnischen Schulzwecken dienen kann. Das wäre also eine Lösung, die beiden Nationen dient. Warum tut man nicht alles, um diese Lösung zu beschleunigen? Warum legt man ihr Steine in den Weg?

„Man darf Kinder an der Schwelle ihres Lebens nicht enttäuschen!“

doch wieder, wie wenig Verständnis für die berechtigten Ansprüche der Mehrheit des Kirchengewisses vorhanden ist. Von den 6 Eichen im Konsistorium wurden 4 mit Polen besetzt und nur zwei Plätze für die Deutschen offen gehalten, falls ihre Beteiligung später doch noch Tatsache werden sollte.

In den Synodalausschüß wurden drei Polen gewählt und den Deutschen nur ein einziger Platz vorbehalten. Bei der Zusammenstellung des Wahlkollegiums, das zunächst den Präsidenten des Konsistoriums, später den Bischof wählen soll, wurden die Deutschen völlig übergangen.

Diese Wahlergebnisse lassen wenig von einem Geist der Versöhnung spüren.

Der anwesende Vertreter des Kultusministeriums Wolanski, sonst für das Ressort der griechisch-orthodoxen Kirche zuständig, sprach zwar die Mahnung aus, daß die Deutschen nicht übergangen werden dürften.

In den wenigen Tagen vor dem Zusammentritt der Synode war auch von einer paritätischen Beteiligung der Deutschen in allen Ämtern die Rede. Aber der Generalsuperintendent selbst, der fünf Eiche in der Synode, die er zu besetzen hat, nur mit Polen besetzte und nicht einen einzigen Deutschen dazu berief, hat damit nicht das Streben paritätisch zu handeln, bewiesen. Im Kirchenkreise Lublin, dessen sechs deutsche Kirchengemeinden Anspruch auf zwei Synodale hatten, hat der Generalsuperintendent einen Synodalen einfach gestrichen und auf Grund einer höchst merkwürdigen Divisionsrechnung den beiden einzigen polnischen Gemeinden im Kirchenkreise Lublin einen eigenen Synodalen zugewiesen. Auf diese Weise waren nur sieben, statt der erwarteten acht deutschen Synodalen bestätigt worden.

Die große Frage ist: Was wird nun geschehen? Die Rumpfsynode vom 22. Juni hat beschlossen, daß die Friedensverhandlungen der deutsch-polnischen Schlichtungskommission sofort wieder aufgenommen werden. Unter der Hochspannung der bevorstehenden Synode haben die bisherigen Verhandlungen noch wenig Wichtiges ergeben. Ob das jetzt anders sein wird, wo die Synode die deutschen Gemeinden vor vollendete Tatsachen stellt, ist mindestens fraglich.

Auf deutscher Seite mögen die ernstesten Befürchtungen, denen die obige Erklärung in Punkt 3 und 4 Ausdruck gibt, sich verwirklichen. Die deutschen Gemeinden und ihre Vertreter, Pastoren wie Laien, werden weiterhin den Rechtsstandpunkt vertreten, der auch trotz der vorgeesehenen Friedensverhandlungen nicht verlassen werden darf. Friede und Gerechtigkeit sind gerade in der Kirche nicht voneinander zu trennen. pr.

Die Beschlüsse und Wahlen der Rumpfsynode vom 22. Juni, die mit 25 von 54 gesetzlich vorgeschriebenen Mitgliedern kein „Quorum“ hatte, sind zweifellos auch rechtlich ungültig!

Die Vier-Mächte-Konferenz abgebrochen.

Am Dienstag nachmittag traten die Vertreter der vier an der Seekontrolle um Spanien beteiligten Mächte erneut unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Eden im Londoner Außenamt zusammen, um über die Maßnahmen zu beraten, die nach den holländischen U-Boot-Angriffen auf den deutschen Kreuzer „Leipzig“ ergriffen werden müssen. Die Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen Englands und Frankreichs mit Deutschland und Italien wurden am Abend ergebnislos abgebrochen. Im Unterhaus erklärte Außenminister Eden auf eine Anfrage, daß Großbritannien nicht die Absicht habe, sich an einer Flottendemonstration gegen Valencia zu beteiligen.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen, die von Eden mit den Botschaftern Deutschlands, Frankreichs und Italiens geführt worden waren, wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht. Danach war es, leider unmöglich, hinsichtlich des „Leipzig“-Zwischenfalls über die in diesem Fall zu ergreifenden Maßnahmen zu einer Einigung zu gelangen. Aus dem Bericht geht ferner hervor, daß der Vorschlag einer sofortigen gemeinsamen Flottendemonstration an der Küste von Valencia auf den Widerstand Englands und Frankreichs gestoßen ist.

Das amtliche Communiqué lautet:

„Im Auswärtigen Amt fand heute nachmittag eine weitere Besprechung zwischen den Botschaftern v. Ribbentrop, Grandi, Corbin und dem britischen Außenminister Eden über die Zwischenfälle mit dem deutschen Kreuzer „Leipzig“ statt. Es erwies sich unglücklich, daß es in diesem Falle nicht möglich war, sich über Maßnahmen zu einigen, die in diesem Falle getroffen werden sollen. Die gemeinsame Besprechung von Vorschlägen zur Erhöhung der Sicherheit der Patrouillenschiffe sollte Maßnahmen gegen die beteiligte spanische Partei vorangehen. Andererseits wurden die Tatsachen des Zwischenfalls als klar erwiesen und so geartet angesehen, daß sie sofortige aktive Schritte erforderlich machen, um die Solidarität der vier Mächte aufrecht zu erhalten und einer Wiederholung derartiger Zwischenfälle vorzubeugen. Der Vorschlag, über den eine Einigung nicht erzielt werden konnte, betraf eine sofortige Flottendemonstration, durch die die Flaggen der vier Mächte vor der Küste von Valencia gezeigt werden sollten.“

Ein Reuter-Kommentar.

Zum Scheitern der Viermächtebesprechung meint Reuter u. a., die Maschinerie, die am 12. Juni zustande gekommen sei, bleibe bestehen, und bleibe auch für zukünftige Zwischenfälle in Kraft, falls das Abkommen nicht von einer der vier Mächte gekündigt werde. Das heißt, daß im Falle eines neuen Zwischenfalls neue Besprechungen zwischen den vier Mächten stattfinden würden. Die Mitteilungen über die heutigen Beratungen besagen, daß es unmöglich gewesen sei, zu einer Einigung zu gelangen. Großbritannien und Frankreich, so verlautete, hätten eine Untersuchung über den Angriff gewünscht, bevor sich beide Mächte verpflichteten, an irgendeiner aktiven Demonstration teilzunehmen. Für Deutschland und Italien habe die Tatsache des Angriffs völlig außer Zweifel gestanden und beide Mächte hätten gewünscht, daß die Solidarität der Überwachungsstaaten sofort unter Beweis gestellt werde.

Eden über die Verhandlungen des Nichteinmischungsausschusses.

Am Dienstagabend gab Eden im Unterhaus eine Erklärung über den „Leipzig“-Zwischenfall ab. Attlee, der Sprecher der Opposition, hatte die Frage gerichtet, ob er über die Verhandlungen im Nichteinmischungsausschuss etwas mitteilen könne. In seiner Antwort wies Eden auf die Erklärungen des Lord Plymouth hin, aus denen hervorgehe, daß die Englische Regierung mit dem gegenwärtigen Zustand der Angelegenheit sehr unzufrieden sei. Die Britische Regierung habe angeboten, ihre Dienste dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen und die Zurückziehung der ausländischen Kriegsteilnehmer zu erleichtern und zu beschleunigen.

Auch die Vier-Mächte-Besprechungen hätten bisher zu keiner Einigung geführt. Eine letzte Sitzung stehe noch bevor. Daraus richtete Attlee die direkte Frage an Eden, ob die Britische Regierung in keiner Weise die Absicht habe, sich an einer gemeinsamen Flottendemonstration mit den Deutschen zu beteiligen. Eden antwortete hierauf, er könne endgültig versichern, daß die Britische Regierung nicht die Absicht habe, sich an einer Flottendemonstration vor Valencia zu beteiligen.

Das Nichteinmischungs-Abkommen arbeite nicht so, wie die Britische Regierung es wünsche. Infolgedessen müsse die gegenwärtige Lage mit Ernst erwogen werden.

Beforgnis in Paris.

Paris, 23. Juni. (PA.) Die französischen politischen Kreise, die bis dahin durch die Kabinettskrise vollauf beschäftigt waren, haben den Vorschlag mit dem Kreuzer „Leipzig“ bis dahin ruhig beurteilt. Die Erledigung dieses Vorfalles überließ man vollständig der diplomatischen Initiative Londons. Die französische Presse war lediglich der Auffassung, daß als Folgeerscheinung dieses Vorfalles sich eine Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen ergeben kann.

Die letzten Meldungen aus Berlin haben eine starke Beunruhigung hervorgerufen. Die Beratung des Reichskanzlers mit den Führern der Wehrmacht wird in Paris so gedeutet, daß innerhalb der Reichsregierung die Vertreter eines schärferen Kurzes die Oberhand gewonnen haben, wodurch eine Sofort-Aktion von Seiten Deutschlands nicht ausgeschlossen erscheint. In französischen Kreisen befürchtet man, daß Deutschland die französische Krise und die Schwächung Sowjetrußlands ausnützen wolle, um sich aktiv am spanischen Bürgerkrieg zu beteiligen. (Eine vollständig irrtümliche Befürchtung, die mehr dem eigenen Wunsch als der politischen Wirklichkeit entspricht. D. R.)

Pistolenduell in Deutschland freigegeben.

Die Grundlagen der Ehre- und Disziplinarordnung des Mithereubundes der deutschen Studenten sind nunmehr festgelegt worden. Bisher war lediglich die unbedingte Genugtuung als selbstverständliche Voraussetzung dieser Ehrenordnung bekannt. Jetzt wird mitgeteilt, daß den Akademikern aus nahegelegenen Gründen die Möglichkeit zum Austrag einer Ehrengelangenheit mit der Pistole gegeben werden soll, obgleich die studentische Ehrenordnung das Pistolenduell nicht kennt.

Der Kampf um den Kreml.

Woroschilow will Diktator in einem National-Staat werden?

Die Londoner „Morningpost“ veröffentlicht einen Brief eines ausländischen Beobachters aus Moskau. In diesem Brief wird die Feststellung gemacht, daß schon in naher Zukunft Woroschilow in Sowjetrußland die Regierung übernehmen werde. Der Verfasser stellt fest, daß die Rote Armee schon heute die Funktion einer Geheim-polizei ausübt. Woroschilow sei entschlossen, aus Sowjetrußland eine Art Nationalstaat zu machen, den er dann diktatorisch beherrschen wolle.

Der Pariser „Matin“ berichtet, der entscheidende Kampf zwischen Woroschilow und Stalin habe bereits begonnen. Auf Weisung Stalins sei dem Marschall nicht gestattet worden, dem Prozeß gegen die Generale beizunehmen. Der Chef der russischen Polizei, Tschow, der die Richtlinien Stalins durchführe, beschäftige sich jetzt mit der Sichtung des Aktenmaterials über die Tätigkeit Woroschilows in den letzten fünf Jahren. Aber die ippichwörtliche Klein-russische Verschlagenheit Woroschilows komme der des georgischen Gebirglers Stalin gleich. Außerdem sei der Marschall ein entschlossener und energischer Mann, der plötzlicher Reaktionen fähig sei. Man sehe daher in Moskau voraus, daß der logischerweise unvermeidliche letzte Akt des Dramas, der sich jetzt zwischen den beiden mächtigen Persönlichkeiten in Rußland abspielt, sehr gut anders als vor dem Obersten Gerichtshof beendet werden könnte.

Ein „Zwerg“ führte die Rote Armee im Kriege!

Was bei einer Schimpffanonade herauskommen kann.

Während die anderen Sowjetblätter hinter den Tschatschewski-Prozeß nunmehr den Schlusspunkt gesetzt haben, beschäftigt sich das Armeblatt „Krasnaja Swesda“ immer noch mit ihm. In einem Leitartikel macht das Blatt die größten Anstrengungen, um die Rote Armee als durch die Hinrichtung von acht führenden Persönlichkeiten „gefestigt“ darzustellen. Die Hingerichteten werden als „kläglich Einzelgänger und verächtliche Zwerg“ angeprangert, die sich in die Gruppe der Befehlshaber des Sowjetheeres eingeschlichen hätten, ohne jedoch im Offizierkorps und in der Truppe eine „Basis“ zu finden. Nach dieser einzigartigen Schimpffanonade hätten also Uhorowitsch und Fakir ihre hochwichtigen Kommandostellen an der Westgrenze der Sowjetunion geschickt

Wer siegt im Gordon-Bennet-Fliegen?

Schneidiger Flug des Ballons „Polonia II“.

Von Brüssel über Deutschland, Tschechoslowakei, Polen, Ostpreußen, Litauen nach Lettland.

Von den zwölf in Brüssel am vergangenen Sonntag aufgestiegenen Ballonen sind bisher elf gelandet. Nur noch der Ballon „Belgica“ mit dem vorjährigen Sieger Demuyter ist unterwegs oder ist in einer wenig bevölkerten Gegend gelandet, so daß vorläufig alle Nachrichten von diesem Ballon fehlen. Die Siegespalme wird also diesmal entweder Polen oder Belgien zufallen.

Den sensationellsten Flug des diesjährigen Ballon-Mennens hat zweifellos der Ballon „Polonia II“ durchgeführt. Der Ballon, auf dem sich Hauptmann Janusz und Ing. Krzyszowski befanden, wurde am Montagabend das letzte Mal über der Tschechoslowakei gesehen. Die Entfernung betrug etwa 1100 Kilometer von Brüssel. Jetzt kommt die überraschende Meldung aus der Ortschaft Anota unweit von Windau an der Döfse in Lettland, daß der Ballon „Polonia II“ dort am Dienstag um 16.25 Uhr glücklich gelandet ist. Hauptmann Janusz erklärte Pressevertretern, daß er mit seinem Begleiter nach dem Start in Brüssel zunächst Belgien, dann Deutschland in südöstlicher Richtung überflogen hätte, schließlich die Tschechoslowakei erreichte, um dann den Flug über Polen fortzusetzen. So wurde Warschau überflogen, worauf der Ballon wieder in nordwestlicher Richtung sich weiter bewegte, um über Ostpreußen, Nordlitauen und Lettland zu fliegen. Man habe die Landung nur vorgenommen, um nicht in die Döfse zu stürzen. Am Mittwoch früh wird Hauptmann Janusz in Riga erwartet.

Bei dem Gordon-Bennet-Fliegen wird jedoch nicht die zurückgelegte Strecke des Fluges gewertet, sondern die direkte Entfernung von Start- und Landeplatz; sie beträgt nach provisorischer Berechnung 1350 Kilometer.

Ein Ballon über Thorn.

Wie unser Thorner Berichterstatter mitteilt, überflog am Montagabend zwischen 19 und 20 Uhr in sehr beträchtlicher Höhe ein Freiballon die Stadt Thorn. Eine Aufschrift war nicht zu erkennen. Man kann annehmen, daß es sich vielleicht um den belgischen Ballon mit Demuyter handelte.

Die bisherigen Landungsergebnisse.

Noch vor dem Eintreffen von der Nachricht der Landung des Ballons „Polonia II“ lagen über die Landungen der anderen Ballone folgende Meldungen vor:

1. „Zürich“, Pilot Dr. Tilgentamp (Schweiz), 800 Kilometer, landete im Kreise Gostyn, Wojewodschaft Polen;
2. „DPP“, Hauptmann Burzynski (Polen), 870 Kilometer, landete im Kreise Birnbaum, Wojewodschaft Polen;
3. „Warszawa“, Pilot Hauptmann Hynel (Polen), 820 Kilometer, landete an der deutsch-polnischen Grenze;
4. „Brugelles“, Pilot Quersin (Belgien), 795 Kilometer, landete in der Tschechoslowakei;
5. „Le plus beau des sports“, Pilot Dolfus (Frankreich), 710 Kilometer, landete in der Tschechoslowakei;
6. „Chemnitz“, Pilot Schüke (Deutschland), 700 Kilometer, landete in der Tschechoslowakei;
7. „Sachsen“, Pilot Schäfer (Deutschland), 700 Kilometer, landete in Ostoberschlesien (Polen);
8. „Kap. van Huysse“, Pilot Thonnard (Belgien), 590 Kilometer, landete in Deutschland;
9. „Aeroclub de France“, Pilot Crambez (Frankreich), 580 Kilometer, landete in der Tschechoslowakei.

erschlichen, und die oberste Leitung der Roten Armee hätte ihnen Jahre hindurch diese Posten gelassen, ohne zu bemerken, daß die „Einzelgänger“ ohne Kontakt mit der Truppe waren! Ferner wäre die Heeresleitung so ahnungslos gewesen, einem „Zwerg“, nämlich Tschatschewski, die Führung der Roten Armee im Krieg gegen Polen anzuvertrauen! Das Armeebblatt scheint in seinem krampfhaften Bemühen um die Gerabsetzung und Beschimpfung der hingerichteten Roten Generale von einem so blinden Eifer erfaßt zu sein, daß es gar nicht mehr begreift, welches Zeugnis es damit der höchsten Stelle im Kreml ausstellt.

Das Kabinett Chautemps.

Paris, 22. Juni. (DPA) Senator Chautemps hat in den späten Abendstunden des Dienstag sein Kabinett gebildet und nachstehende Persönlichkeiten berufen:

Ministerpräsident: Chautemps (radikalsozial);
Staatsminister ohne Portef.: Sarroul (radikalsozial), Viollet, Senator (Sozialdemokrat), Faure (Sozialdemokrat);
Vizepräsident: Blum (Sozialdemokrat);
Kriegsminister: Daladier (radikalsozial);
Außenminister: Delbos (radikalsozial);
Justizminister: Vincent Aurio (Sozialdemokrat);
Innenminister: Dormoy (Sozialdemokrat);
Finanzminister: Bonnet (radikalsozial);
Kriegs- und Handelsmarine-Minister: Campinchi (radikal);
Luftfahrtminister: Cot (radikalsozial);
Unterrichtminister: Fay (radikalsozial);
Öffentliche Arbeiten: Ducloux (radikalsozial);
Wirtschaftsminister: Chapsal (radikalsozial);
Landwirtschaftsminister: Monnet (Sozialdemokrat);
Kolonialminister: Moutet (Sozialdemokrat);
Arbeitsminister: Fournier (Sozialdemokrat);
Pensionsminister: Rivière (Sozialdemokrat);
Postminister: Lebas (Sozialdemokrat);
Öffentliche Gesundheitspflege: Rucard (radikalsozial)

Mit Ausnahme der Unterstaatssekretäre sind die Ministerposten gleichmäßig unter Radikalsoziale und Sozialdemokraten aufgeteilt worden. Jede Partei stellt 10 Minister, wobei unterstrichen werden muß, daß das Innen- und Justizministerium in sozialdemokratischen Händen liegt, während das Kriegsministerium, das Außenministerium und vor allem das Finanzministerium von Radikalsozialen geleitet werden.

Wieder ein deutscher Ballon

durch die Tschechen zur Landung gezwungen.

Der deutsche Ballon „Hildebrand“ mit den Piloten Göhe und Lohmann, der sich über der Tschechoslowakei befand, wurde, ebenso wie der deutsche Ballon „Chemnitz“, durch einen tschechischen Polizeiflieger zur Landung gezwungen. Die Entfernung, die dieser Ballon zurückgelegt hat, steht noch nicht fest. Es ist völlig unverständlich, daß die tschechischen Luftbehörden keine Anweisung gegeben haben, daß den Teilnehmern des internationalen Ballon-Mennens die Überfliegung gestattet werden muß. Wie das Deutsche Nachrichten-Bureau mitteilt, hatten die genannten beiden deutschen Ballone keineswegs die Absicht, niederzugehen und hätten zweifellos bessere Plätze belegen können, wenn das unerhörte Auftreten der tschechischen Flieger nicht erfolgt wäre. Es ist auch durchaus möglich, daß den beiden deutschen Ballonen durch dieses kulturwidrige Verhalten der Tschechen die Siegeschancen genommen wurden. Es fällt auf, daß der polnische Ballon „Polonia II“ bei seinem Flug über die Tschechoslowakei nicht zur Landung gezwungen wurde.

In 8000 Meter Höhe über Deutschland.

40 Grad unter Null.

Hauptmann Burzynski, der mit dem Ballon „DPP“ in der Nähe des Gutes Lawica im Kreise Birnbaum niedergegangen ist, erklärte Pressevertretern, daß der mangelnde Westwind ihn zu der Landung gezwungen habe. Es hätte sich sogar ein Ostwind bemerkbar gemacht, der den Ballon wieder in westlicher Richtung zurückgetrieben hätte. Der Flug von Brüssel bis zur Landung dauerte 26 Stunden. Während des Fluges haben die Piloten eine Höhe von 8000 Metern erreicht, in der sie Deutschland überflogen. Unter sich sahen sie schwere Gewitter, die Temperaturen sanken, während unten die Wolke zuckten, auf 40 Grad unter Null. Der Sand in den Ballastfäden war hart wie Stein. Die Lebensmittel und besonders die Erfrischungen, die die Piloten sich aus Brüssel mitgenommen hatten, waren unbrauchbar geworden. Die Tomaten waren zu Eisklumpen gefroren.

Von Brüssel über Stuttgart nach Gostyn

Der Flug des Ballons „Zürich“.

Die Piloten des Ballons „Zürich“, der im Kreise Gostyn im Laufe des Montag niedergegangen ist, schildern ihren Flug wie folgt:

Nach dem Start in Brüssel hielt sich der Ballon ziemlich niedrig und flog auf Luxemburg zu. Bei strömendem Regen ging es über die belgische Grenze hinweg. In der Nähe der Stadt Steyer überflog man den Rhein und gelangte nach Stuttgart. Über Stuttgart kam der Ballon „Zürich“ in ein schweres Gewitter und wurde in Richtung München abgetrieben. Darauf ließen die Piloten den Ballon auf 5000 Meter steigen und gelangten so aus der Unwetterzone heraus. Die Temperatur betrug 13 Grad unter Null. Diese große Höhe sollte sich dann aber schädlich auswirken, da zu ihrer Erreichung die Piloten zu viel Ballast hatten opfern müssen. Am Montag nachmittag erblickte man eine große Stadt aus der Entfernung — wahrscheinlich Prag. Am Abend begann der Ballon immer mehr zu sinken und trotz aller Bemühungen, ihn weiter in der Luft zu erhalten, mußte um 20.40 Uhr die Landung in der Nähe von Gostyn erfolgen. Sehr zufrieden äußerten sich die Piloten über die außerordentlich lebenswürdige Aufnahme von Seiten der Bevölkerung und über die Unterstützung, die sie durch die polnischen Behörden erfahren haben.

Pommerellen.

23. Juni.

Graudenz (Grudziadz)

Die evangelischen kirchlichen Körperschaften.

Gemeinde-Kirchenrat und Gemeinde-Vertretung hielten Montag abend um 8 Uhr im Konfirmandensaal des Pfarrhauses in der Gartenstraße eine Sitzung ab.

Zunächst gab der Rendant, Kirchenmeister Holm, die Kirchenfassen-Abrechnung sowie die Abrechnung der Friedhofskasse für das Jahr 1936/37 bekannt, dabei die einzelnen Positionen näher erläuternd.

Vom Vorsitzenden wurde ferner eine Anweisung des Konsistoriums, dahingehend, daß an die Eignung zum Amt eines Kirchenältesten oder Gemeindevorsetzers hinfort ein schärferer Maßstab angelegt werden soll, zur Kenntnis gebracht.

Ein Kursus für Finanzbeamte ist am letzten Montag in Graudenz eröffnet worden. Er hat eine Teilnehmerzahl von rund 100 jungen Beamten von allen Finanzkammern gefunden.

Einer Erneuerung unterzogen wird zurzeit das äußere Gewand der St. Franziskus-Kirche (fr. Seminar-Kirche) am Rathaus.

Unredliche Hausangestellte. Um zwei goldene Ringe in Werte von 100 Zloty ist ihrer der Polizei erstatteten Anzeige nach Abele Flambholz, Schuhmacherstr. (Szweska) Nr. 6, bestohlen worden.

Gefunden wurde ein auf den Namen Jan Kornecki lautender Personalausweis. Er kann vom 1. Polizeikommissariat abgeholt werden.

Thorn (Torun)

Der Wasserstand der Weichsel stieg wahrscheinlich infolge des anstehenden Regens am Sonnabend und Sonntag um 3 Zentimeter an und betrug Dienstag früh am Thorer Pegel 0,14 Meter über Normal.

Bei den neu angebrachten roten Postbriefkästen vermischt das Publikum bis heute immer noch das Verzeichnis der Entleerungszeiten, obwohl die Kästen schon einige Zeit „im Dienst“ sind.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sah der obdachlose Landstreicher Alexander Jablonski kein anderes Mittel, wieder zu Geld zu kommen, als sich dies durch einen Einbruchsdiebstahl zu verschaffen.

Ans dem Gerichtssaal. Der Arbeitslose Herbert Teofil Dlesch aus Kattowitz kam zwecks Arbeitsuche nach Thorn und mietete sich hier bei der Witwe Józefa Trawiska in der Copernicusstraße ein.

erhielt. Hierauf verschwand Dlesch auf Nimmerwiedersehen, und zwar unter gleichzeitiger Mitnahme von 35 Grammophonplatten und anderen Kleinigkeiten.

Der Dienstag-Bödenmarkt war außerordentlich stark besetzt und erfreute sich auch stärksten Kundenandrangs. Niedrig war das Angebot an Walderdbeeren und Blaubeeren, denen der Regen lehtthin sehr zugute gekommen war.

Aus dem Landkreise Thorn, 22. Juni. In der Nacht zum Montag entstand aus bisher unermittelter Ursache auf dem Gehöft des Besitzers Wilhelm Looß in Neßlau (Nieszawka) ein Brand, dem das Wohnhaus mit samt dem strohgedeckten Anbau zum Opfer fiel.

Ronitz (Chojnice)

Die Handwerkskammer in Thorn hat für die Prämierung der besten Exponate aus Handwerkerkreisen auf der Ausstellung anlässlich der „Ronitzer Woche“ mehrere Diplome zur Verfügung gestellt.

60 Feuerwehrlente aus dem Gebiet Pommerellens wurden für zwei Wochen von dem Seglerklub in Müskendorf untergebracht, wo sie einen Kursus als Feuerwehrganitäre absolvierten.

Fischereiverpachtung. Die Oberförsterei Bawrzynowo, Kreis und Bahnhstation Berent (Koscierzyna) verpachtet auf die Dauer von zehn Jahren im Wege der öffentlichen Ausschreibung die Fischereieinkung der Seen Wdzydzkie und Szpynko mit einer Wasserfläche von 1507,62 Hektar.

Dirschau (Tczew)

Die neue Verordnung. Durch den Dirschauer Magistrat ist für den hiesigen Bezirk eine Verordnung über den Verkauf von Milch erlassen worden.

27 Kinder der Dirschauer Gemeinde der Deutschen Katholiken, davon 17 Knaben, traten am letzten Sonntag vormittag zum Empfang der ersten hl. Kommunion vor den festlich zu der Feier geschmückten Altar der alten Kreuz-Pfarrkirche.

Erheblich geschädigt wurde der auf der Neustadt in der Goklerstraße wohnhafte Tomasz Michalski. Als dieser am Morgen in seinen Garten kam, mußte er feststellen, daß ihm ein Täter die Obstbäume geschädigt, bzw. ganz zerstört hatte.

Aus dem Gerichtssaal. Bei der letzten Tagung des Starogardener Kreisgerichts zu Dirschau stand vor den Richtern Jakob-Wolf Singer aus Danzig.

Weiter hatte sich eine Jüdin namens Verka Goldstein wegen Devisehsmuggels zu verantworten. Das Gericht verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 150 Zloty und 15 Tagen Arrest.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Turn- und Sportverein von 1862 Dirschau: Unsere Sonnwendfeier findet in Gemeinschaft mit dem Gem. Chor des Männergesangsvereins am heutigen Donnerstag um 21.15 Uhr auf unseren Sportplatzanlagen statt.

Die Fenster Scheiben der evangelische Kirche in Gr. Wösendorf.

Groß-Wösendorf, 22. Juni. Wie erinnerlich, wurden in der Nacht zum 6. Dezember 1935 in der hiesigen evangelischen Kirche 39 Fensterscheiben eingeschlagen und einzelne Einrichtungsteile des Altarraumes beschädigt.

Br Aus dem Seekreise, 22. Juni. In Kielau entstand in der Wohnung des Stanislaw Porusiewicz durch einen eisernen Ofen, der ohne Aufsicht gelassen war, ein Brand.

Ein Zusammenstoß zwischen einer Autotaxe und einem Motorrad fand am 20. Juni in Puszig in der ulica Hallera statt. Der Anprall war so stark, daß das Motorrad vollständig zertrümmert und die Taxe leichter beschädigt wurde.

Unbekannte Diebe stahlen aus dem Schlachthaus in Puszig (Puck) 50 Rohfelle. Die Polizei forscht nach den Tätern.

Br Gdingen (Gdynia), 22. Juni. Der Polizei gelang es, die Diebesbande festzunehmen, welche systematisch die Eisenbahnwaggons bestahl. Als Hauptling der Bande wurde der 23jährige Wiktor Chlasczak aus Adlersfort ermittelt.

h Wbau (Wubawa), 22. Juni. Kürzlich zogen etwa 60 Arbeitslose zum hiesigen Stadtpark, um dort in einen Hungerstreik zu treten.

In der letzten Zeit erschienen bei verschiedenen Landeuten im hiesigen Kreise Personen, die angeblich im Auftrag des Kreisierarztes Impfungen gegen Schweinekrankheit durchführten.

Br Kenstadt (Wejherowo), 22. Juni. Als am Sonntag früh die Leute des bei Kenstadt gelegenen Gut Ranik zur Kirche gingen, nahmen sie wahr, daß von dem Dorf-kreuz der Christuskörper heruntergerissen war und nur noch die beiden Arme der Figur am Kreuz hingen.

Graudenz.

Kino Apollo. Ab heute Mittwoch spielt Hans Albers und Lotte Lang in einem UFA-Tonfilm „TODESBOOT“.

Hotel „Goldener Löwe“ Graudenz. Jeden Donnerstag ab 16 Uhr 4011 Frische Schmantwaffeln.

Qualitäts-Fahrräder von 100,- zł an empfiehlt 4467 LIETZ, Pl. 23 stycznia 21.

Bandsburg. Anzeigen und Abonnements für die „Deutsche Rundschau“ nimmt zu Originalpreisen für Bandsburg an Karl Tabatowski, Wiechork.

Thorn. Damenhüte!!! Strohhüte, elegante u. einf. Ballons. Große Auswahl, sehr billig. „Labor“, Szweska 12.

Oberst Koc gründet eine neue Jugendorganisation.

Die Jugendorganisation „Das junge Polen“ aus der Taufe gehoben.

Noch niemals hat das Problem der polnischen Jugend so im Vordergrund des innenpolitischen Interesses in Polen gestanden wie im Laufe der letzten Wochen. Die wenigen äußeren Anzeichen, die in den großen Tagungen der letzten beiden Wochen zum Ausdruck kamen, lassen die Schlussfolgerung zu, daß um den Besitz der polnischen Jugend seit Wochen und Monaten in stillen Vorbereitungsarbeiten ein harter Kampf geführt worden ist. Die Jugend wird mit Ideen und Programmen gerufen, man will sie in Organisationen zusammenfassen, die diesem oder jenem politischen Zweck dienen sollen.

Der polnischen Jugend wird es nicht leicht gemacht, sich zu entscheiden. Abgesehen davon, daß von außerhalb der Grenzen der gewaltigen Strömungen ins Land eindringen, die von keiner noch so verschlossenen Grenze aufgehalten werden können, wird die Jugend zunächst von den Ideologien der Oppositionsparteien gefangen genommen. Dieser Arbeit an der heranwachsenden Jugend sehen nun die Anhänger des verstorbenen Marschall Piłsudski ihre eigenen Bemühungen entgegen. Je nach dem Grade des Bekenntnisses zu dem großen Marschall, das in der praktischen Politik nicht immer einen einheitlichen und gemeinsamen Weg findet, werden Programme und Deklarationen verfaßt, die als Panier der polnischen Jugend vorzuhalten sollen. So kam es, daß innerhalb der Regierungsgruppierungen allein in den letzten beiden Wochen zwei große Jugendveranstaltungen stattgefunden haben.

Jede dieser Tagungen hat innerhalb der Regierung ihre Schutzpatrone. Bei der Tagung der Jugendorganisation „Zarzewie“ (Gut) in Lemberg war Minister Kwiatkowski Schutzpatron, dem sich einige Persönlichkeiten der hohen Generalkatze angeschlossen. Einen weit größeren Effekt erzielte nach außen hin die am letzten Sonntag stattgefundene Tagung des „Jungen Dorfes“, das sich von dem Vorwurf radikaler Doktrinen nicht befreien kann, wenn auch der Tagung durch die Anwesenheit hoher Würdenträger des Staates ein gemäßigter Charakter verliehen worden ist.

Und nun ist innerhalb der regierungstreuen Jugend die dritte Jugendorganisation aufgetaucht, die durch eine Rede des Gründers des Lagers der Nationalen Einigung, des Oberst Koc, die er am 22. Juni über alle polnischen Sender hielt, einen organisatorischen Rahmen erhalten hat. Die neue Jugendorganisation, die innerhalb des Lagers der Nationalen Einigung ihre Arbeit entfalten soll, hat den Namen

„Das junge Polen“.

erhalten.

Oberst Koc ging in seiner Rede zunächst auf die Arbeit und das Werk Piłsudskis ein, um dann festzustellen, daß das Testament des Lebens Piłsudskis ein großes und starkes Polen verlange. Polen verlange für seine Größe unbedingt die Arbeit und die Herzen der jungen Generation. Die heutige Jugend werde einst vor große Aufgaben gestellt werden, nämlich den Aufbau Polens und die ideale Vereinigung des Volkes durchzuführen. Für den jungen Pionier der Idee der polnischen Einheit warte das Dorf, und sein polnisches Wort muß den gleichen Widerhall in den Fabriken finden.

Man müsse den bewußten patriotischen Willen des Bauern und des Arbeiters befreien, und der Intelligenz liegt die schwere Pflicht der Führung ob. Es sei Zeit, mit dem Mühseligem und mit der Gleichgültigkeit Schluss zu machen.

Die polnische Jugend habe in der Vergangenheit es immer verstanden, sich in den Dienst der Größe und der Ehre des Volkes zu stellen. Es sei ein harter und beschwerlicher Weg zu den großen Zielen. — Denn das Volk warte. Die Jugend müsse in der ersten Reihe marschieren, sie müsse sich der Größe der vorangegangenen Generationen würdig zeigen.

Sie muß den gemeinsamen Opfergang mit denen antreten, die bereits für Polen gekämpft und gearbeitet haben.

Oberst Koc schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Aus all diesen Gründen ordne ich an:

a) in Erfüllung des Willens des Marschall Polens Edward Smigły-Rydz, der die Einheit des Volkes herbeizuführen wünscht, rufe ich zur Zusammenfassung der polnischen Jugend den Verband „Das junge Polen“ ins Leben.

b) Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Arbeiten dieser Organisation übernehme ich selbst die Leitung. Meine Vertretung übertrage ich Herrn Jerzy Rutkowski.

Das Programm.

Im Anschluß an die Rede des Oberst Koc sprach der neuernannte stellvertretende Leiter Jerzy Rutkowski. Er sagte u. a.:

„Die Verantwortung für die Zukunft und die Größe Polens tragen zwei Faktoren.

Der erste Faktor ist der Soldat, der für die Unabhängigkeit gekämpft hat. Es ist die Kraft, welche die Armee und die Staatsverwaltung geschaffen hat, es ist die Gemeinschaft, die mit kühnem Aufschwung der Legionen, mit Mitternacht die polnische Unabhängigkeit erkämpfte und dem schöpferischen Romantismus die bewaffnete Tat folgen ließ. Es ist der Mittelpunkt, der die Menschen hervorbrachte, welche die ihnen selbst unter schwersten Bedingungen übertragenen Arbeiten ausgeführt haben.“

Der zweite Faktor kommt in der schöpferischen Kraft des heutigen Polen, in der jungen Generation, zum Ausdruck, die von der Nationalidee durchdrungen ist. Diese Gemeinschaft steht unerwähnt im Dienst eines großen und mächtigen Polen, die zum rücksichtslosen Kampf für ihre ererbten Ideale bereit ist. Die junge Generation des Volkes ist von der Fähigkeit und von dem Lebenswillen erfüllt und bereit, sich allem unterzuordnen, was ein mächtiges und großes Polen schaffen kann.“

„Die gemeinsame Verantwortung beider Faktoren für die Größe Polens kann nur im gemeinsamen Erleben und in der gemeinsamen Arbeit entstehen. Nur die gemeinsamen Errungenschaften können das Vorhandensein der gemeinsamen Ideale bestätigen und werden die unnatürliche Trennung der Generationen beseitigen. Diese Aufgabe will voll und ganz das junge Polen erfüllen.“

„Die junge nationale Generation muß die Gemeinschaft der Legionäre und Soldaten und ihren Schöpfer Josef Piłsudski anerkennen.

Nicht etwa vom Standpunkt der der Jugend unbekanntem Gegensatz innerhalb der alten politischen Organisationen, sondern vom Standpunkt des Programms eines großen und mächtigen Polen. Ein kompromißloses Programm und die Gemeinschaft der Legionäre, Soldaten und der nationalen Jugend schafft den Typ des schöpferischen Romantikers, den Typ, der zu jedem persönlichen Risiko bereit ist und dem „Jungen Polen“ den Kampfsgeist, die Arbeit und den Willen zum Siege der jungen Generation sichert.“

Die leitende Idee des jungen Polen liegt darin, einen Umschwung im Volke herbeizuführen, ein großes und mächtiges Polen herbeizuführen.“

Rutkowski wies dann darauf hin, daß die neue Organisation alles beseitigen wolle, was das Volk trennt: Die Gleichgültigkeit des einzelnen, die veralteten Formen, den Kommunismus und das Freimaurertum.

Die jüdische Frage muß in der Auswanderung der Juden aus Polen eine Lösung finden. Die Auswanderung müsse planmäßig und konsequent durchgeführt werden. Die Psyche der jungen Generation verlange

einen politischen Umbau in hierarchischem Sinne,

sie verlange eine Sozial- und Wirtschaftsreform im Sinne der sozialen Gerechtigkeit. Die Arbeit gibt allein Anspruch auf Einkommen. Die Moral der jungen polnischen Generation, die tiefe Religiosität müsse auf den ewig lebendigen Grundsätzen der Lehre Christi aufgebaut sein.

Das „Junge Polen“ stehe im Einklang mit den Grundsätzen der Deklaration des Oberst Koc. Die Organisation „Das junge Polen“ wolle in diesem Geiste die Jugend im hierarchischen Sinne zusammenfassen sie wolle einen neuen Typ des jungen Polen schaffen, der für alle großen Aufgaben vorbereitet ist.

Warnung vor dem „Jungen Dorf.“

Konservative Ablehnung.

Die polnische Öffentlichkeit schenkt der am letzten Sonntag abgehaltenen Tagung des „Jungen Dorfes“ eine ganz besondere Beachtung, weil sie in dieser Tagung schon mit Rücksicht darauf, daß die höchsten Würdenträger des Staates anwesend waren, eine für das Leben Polens wichtige politische Kundgebung erblickt. Abgesehen von den Blättern der Opposition, die von dieser Tagung lediglich Notiz nahmen, sind es die Blätter des konservativen Lagers im Regierungslager, u. a. der „Gazet“ und das Organ des früheren Abgeordneten Maciejewicz in Wilna „Słowo“, die mancherlei Vorbehalte der Organisation „Das junge Dorf“ entgegenbringen. In diesen Vorbehalten erfährt man interessante Einzelheiten, aus denen sich ebenso interessante Schlussfolgerungen für die vielfachen ideologischen Strömungen innerhalb Polens ziehen lassen.

Der „Gazet“ kommt in einem Beitartikel auf die Warschauer Tagung am Sonntag zu sprechen und meint, die Veröffentlichung der Deklaration, die eine Art Ideebekennnis darstelle, könnte zunächst den Eindruck erwecken, als ob alle gegenüber dem „Jungen Dorf“ vorgebrachten Vorbehalte übertrieben seien. Die Deklaration besage zwar, daß das „Junge Dorf“ der Religion mit „höchster Ehrerbietung“ gegenüberstehe, und daß es die Religion als etwas anerkenne, „was den höchsten inneren Wert des Menschen darstelle und ihm Kraft und moralischen Halt in den Widerwärtigkeiten des Lebens gebe.“ In sozial-wirtschaftlichen Fragen betonte die Deklaration den Grundsatz des Individual-Eigentums. Man müßte demnach annehmen, so schreibt das Blatt, daß an dieser Deklaration und an seinen Verfassern, d. h. also an den Führern des „Jungen Dorfes“, nichts auszusetzen sei.

Dann fährt das Blatt fort: „Daß die Jungen und Mädel, die am Sonntag nach Warschau kamen, einen durchaus sympathischen Eindruck machten, läßt sich nicht bestreiten. Aber das beweist noch nicht, daß die Organisation, welcher sie angehören, gleichfalls sympathisch ist. Die von uns erhobenen Einwände beziehen sich natürlich nicht auf die Jugend, sondern auf die Führer der jugendlichen Bewegung. Ihnen gegenüber haben wir trotz der Deklaration, die der Vorsitzende Gierat vorlas, viele Vorbehalte, und diese halten wir aufrecht. Diese Herren waren immer radikal und waren Feinde der Religion. So sind sie geblieben. Die Deklaration vom Sonntag ist nichts weiter als ein Manöver, in welchem man sich der Parolen bedient, die jetzt eine gute Konjunktur haben. Die Deklaration des Oberst Koc hat eine Konjunktur für den Katholizismus und für die gemäßigten sozial-wirtschaftlichen Parolen geschaffen. Die Führer des „Jungen Dorfes“ haben daher beschlossen, sich vorläufig nach diesen Parolen zu richten. So nur ist der gemäßigte Ton der Deklaration zu verstehen. Die jugendliche Bewegung ist im Grunde genommen die gleiche geblieben: eine Organisation von radikalem und religionsfeindlichem Charakter.“

Der Zentralverband des „Jungen Dorfes“ spielt auf dem Lande eine ähnliche Rolle wie sie seinerzeit auf allen Universitäten die „Legion der Jugend“ gespielt hat. Sowohl die eine wie die andere Organisation wollte die ausschließliche Expositur des Regierungslagers innerhalb der Jugend sein. Die eine und die andere Organisation arbeitete mit Hilfe ausgiebiger Zuwendungen von behördlicher Seite, und die eine und die andere Organisation bediente sich des sozialen Radikalismus, des Antiklerikalismus und des Totalismus. Ähnlich wie die „Legion der Jugend“, so bekennt sich auch das „Junge Dorf“ zu einer Ideologie, die man als „roten Faschismus“ bezeichnen könnte.

Das polnische Blatt zitiert dann mehrere Äußerungen der Führer des „Jungen Dorfes“, aus welchen hervorgeht, daß die Bewegung einen religionsfeindlichen Charakter trage und erwähnt bei dieser Gelegenheit mehrere Stellen, die dem Organ dieser Organisation „Der Landweg“ entnommen sind. U. a. wird ein Artikel des Vorsitzenden Gierat zitiert, in welchem es u. a. heißt: „Der Staat muß sich einen weitgehenden Einfluß in Kirchenfragen sichern. Der Vatikan darf auf eigene Faust keine Schulen und Erziehungsanstalten wie beispielsweise die katholische Aktion und katholische Vereine unterhalten. Er darf in Zukunft das Volk nicht mehr in eigenen internationalen Verbänden organisieren, die in Wirklichkeit auf kirchlichem Recht basieren.“ Es werden außerdem Abschnitte zitiert,

aus welchen ersichtlich ist, daß die Leiter der Bewegung „Junges Dorf“ die katholischen Geistlichen als die größten Feinde des Dorfes und des Staates ansehen.

„In ihrem Radikalismus“, so fährt der „Gazet“ fort, „unterscheidet sich die Bewegung „Junges Dorf“ keineswegs vom Kommunismus. Der soziale Umbau, das Verhältnis zur Arbeit, zum Privateigentum, die Sozialisierung der Industrie, die Erziehung des Privathandels durch die Genossenschaften, der Aufbau der Agrarstruktur auf dem kleinen selbständigen Bauerntum (das ist nicht kommunistisch! D. R.), die Schaffung von genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Betrieben durch Umwandlung des bisherigen Großgrundbesitzes (nach Art der Kolchofen) eine planvolle Wirtschaftsregelung usw., das seien die grundsätzlichen Ideen der Führer des „Jungen Dorfes“. Man finde, so fährt das polnische Blatt fort, in dieser Bewegung eine keineswegs verdeckte Bewunderung für Sowjetrußland.“

„Und nunmehr stehen die gleichen Menschen“, so schließt das Blatt seine Ausführungen, „deren Ideen grundsätzlich andere sind, plötzlich auf religiösem Boden, betonen das Individualeigentum und vermeiden jeden Radikalismus. Man kann an die Echtheit eines so plötzlichen Wandels nicht glauben. Es handelt sich dabei nicht um einen Wandel der Überzeugungen, sondern um einen Wandel der Konjunktur. Der Konjunktur passen die Führer des „Jungen Dorfes“ augenblicklich ihre Parolen an. Unter diesem Deckmantel werden sie im alten Geiste ihre Aktion fortsetzen, unter diesem Deckmantel haben sie die Tagung stattfinden lassen, welcher die Regierung ihren Schutz angedeihen ließ, und an welcher sogar der Marschall Smigły-Rydz teilnahm. Unter diesem Deckmantel wollen die „Naprawa“-Anhänger — denn nur sie und kein anderer führt das „Junge Dorf“ — den verkoren politischen Einfluß wiedergewinnen. Mag die Öffentlichkeit acht geben und mag sie sich nicht durch den Schein irreführen lassen. Das alles ist nicht echt! Es ist ein listiges Spiel, das von gefährlichen Fischen getrieben wird.“

Novelle zum Hochschulgesetz

im Senat angenommen.

Eine Rede der Unterrichtsministers.

Am Montag besaßte sich der Senat in Warschau mit dem Gesetzentwurf über die Änderung des Hochschulgesetzes vom Jahre 1928. Über die Änderungen der Regierung referierte Senator Mikulajewski. Er machte die Feststellung, daß die Fragen der Organisation an den Hochschulen sehr verworren seien. Darüber hinaus müsse in die Hochschulen eine systematische Regelung hineingetragen werden. So sei die Technische Hochschule in Lemberg z. B. ursprünglich für 1000 Studenten berechnet gewesen. Sie zähle jetzt 4000 bis 5000 Studenten. Überall sei ein Mangel an Plätzen zu verzeichnen. Die Zahl der Professoren sei viel zu gering. In manchen Fakultäten entfallen auf einen Professor 200 bis 500 Studenten. Manche Professoren der Nationalökonomie zählten sogar 1000 Hörer.

Das Gesetz vom Jahre 1928 habe sich von dem alten Gesetz aus dem Jahre 1920 nur dadurch unterschieden, daß die Probleme der Hochschulautonomie und der Selbstverwaltung wesentlich verändert worden sind. Autonomie sei eine solche Schule, die sich selbst regiert, sowohl was das Programm wie auch was das Vermögen und das Lehrkollegium anbelangt. Derartige Schulen gebe es in Europa nur zwei: Oxford und Cambridge.

Die neue Novelle lege zunächst einmal den Begriff des Lehrstuhles klar. Eine zweite Bestimmung beziehe sich auf die Fakultäten, während die Universität eine Zusammenfassung der einzelnen Fakultäten zu einer Hochschul-Gemeinschaft sei. Eine Vergrößerung der Zahl der Professoren sei augenblicklich unmöglich, die Zahl der Studenten betrage 50.000. Die Arbeit an den Hochschulen sei seit zehn Jahren sehr schwierig. Diese Schwierigkeiten sind auf die materielle Lage der Jugend zurückzuführen. Dann aber müsse man in Erwägung ziehen, daß manche Politiker der Auffassung seien, die Hochschule sei ein Terrain für politische Auseinandersetzungen. Dazu dürfe die Hochschule nicht mißbraucht werden. Die Jugend dürfe nicht verführt werden, ihrer politischen Überzeugung in der Weise Ausdruck zu geben, daß man den Kommilitonen die Köpfe einschlägt und die Professoren in ihrer Arbeit behindert. Politische Auseinandersetzungen auf den Universitäten schaden dem Staat. Aus diesem Grunde übertrage die neue Novelle die Rechtsprechung über die studierende Jugend den akademischen Behörden. Diese Maßnahme sei geeignet, für die Zukunft eine Besserung zu gewährleisten.

Dann nahm Unterrichtsminister Smietkowski das Wort. Er betonte, daß er kraft seiner amtlichen Befugnisse im Rahmen des nicht der Novellierung unterliegenden Teiles des Gesetzes die Absicht habe, die Verordnung über die Studentenerwerbungen zu novellieren. Es sollen auf diesem Wege alle diejenigen Punkte der Verordnung beseitigt werden, die sich in der Praxis nicht bewährt haben.

Alle Probleme sollen, wie der Herr Minister erklärte, noch vor Beginn des neuen Unterrichtsjahres eingehend durchgearbeitet werden, damit das neue Studienjahr in einer Atmosphäre wirklicher Entspannung beginnen kann. Es sei verständlich, daß die Jugend eigene Wege zur Lösung einer Reihe von Mängeln des gegenwärtigen Lebens suche. Die Jugend irre jedoch, wenn sie glaube, dazu berufen zu sein, das in die Tat umzusetzen, was sie als Realisierung ihrer Ideologie ansehen konnte. Und doppelt irren diejenigen, die in der Verbreitung von Unruhe und Anarchie in den Schulen einen Ausfluß für ihre Temperamente suchen. Es wäre als ein wirklicher Fortschritt anzusehen, so schloß der Herr Minister, wenn die ganze Jugend zu der Überzeugung gelangen wollte, daß jede anarchische Erscheinung für den Staat schädlich sei und als eine unpatriotische Tat angesehen werden müsse.

Nach der Rede des Ministers begann die Aussprache. Sie war kurz; denn es sprachen nur die Senatoren Petrazyci und Schorr, worauf der Senat die Verbesserungsanträge der Kommission und dann das ganze Gesetz annahm.

Hierauf schritt das Haus zur Aussprache über die Gesetzesvorlage betreffend die polnische Literaturakademie, die mit der kleinen Änderung angenommen wurde, daß die Zahl der Mitglieder dieser Akademie 21 betragen soll.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Marschall Prytor betonte in seiner Schlussrede, daß der Senat alle die Gesetzesvorlagen verabschiedet habe, die ihm vom Sejm zugänglichen seien und die in den Anordnungen des Staatspräsidenten erwähnt worden waren. Er schloß darauf die Sitzung.

